

Stefan Zierke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Landesgruppe Ost und
Sprecher der Landesgruppe Brandenburg
in der SPD-Bundestagsfraktion



Bundestag aktuell

Parlamentsthemen im November 2016

- **Haushalt 2017: Investitionen in Sicherheit und sozialen Zusammenhalt**

2017 tritt der letzte Bundeshaushalt der Großen Koalition in Kraft. Der Bund wird seine Ausgaben im nächsten Jahr erneut ohne neue Schulden finanzieren. Damit zeigen wir Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher bei den parlamentarischen Beratungen dafür gesorgt, dass der Bund mehr Mittel zur Verfügung stellt, um sozialen Zusammenhalt und öffentliche Sicherheit in unserem Land zu stärken.

Mit dem Haushalt 2017 beginnt der Einstieg in das von der SPD durchgesetzte Solidarprojekt: Wir verdoppeln die Mittel für den sozialen Wohnungsbau und schaffen mehr Kita-Plätze. Wir leisten mehr für eine bessere Integration von Flüchtlingen und erhöhen deutlich die Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung durch mehr humanitäre Hilfen und eine intensivere Entwicklungszusammenarbeit gerecht wird.

Wir wissen: Nur gut ausgestattete Sicherheitsbehörden können wirksam für Schutz sorgen. Deshalb stellen wir mit dem Haushalt 2017 mehr Geld für Personal und Sachmittel für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt zur Verfügung: Allein bei der Bundespolizei werden 2.000 weitere neue Stellen geschaffen. Bereits in 2016 haben wir 3.000 neue Stellen durchgesetzt. Auch das Personal beim Bundeskriminalamt stocken wir 2017 auf. Außerdem verdoppeln wir die Mittel für die Extremismusprävention und das Programm „Demokratie jetzt“.

- **Kampf gegen den Islamischen Staat fortsetzen**

Die Bundesregierung beantragt eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition. Auf Grund der anhaltenden Bedrohung durch den IS hat das Parlament das Mandat der Bundeswehr verlängert. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Verlängerung, unter besonderer Berücksichtigung des Besuchsrechts der Abgeordneten bei den stationierten Truppen.

Um den IS zu bekämpfen, wurde bereits 2015 eine internationale Anti-IS-Koalition gegründet, an der sich auch Deutschland beteiligt. Die Bundeswehr unterstützt den Einsatz, an dem sich 67 Staaten und drei internationale Organisationen beteiligen, durch die Bereitstellung von Luftbetankung. Sie unterstützt bei der Aufklärung, sorgt für Schutz anderer Schiffe auf See und stellt Stabspersonal zur Verfügung. 1200 Soldatinnen und Soldaten sind im Einsatz, laut vorliegendem Antrag zur Verlängerung (Drs.18/9960) bleibt es bei dieser Mandatsobergrenze.

- **Bundestag verabschiedet Arzneimittelnovelle**

Das Parlament hat die kontrovers diskutierte Arzneimittelreform in veränderter Fassung verabschiedet. Demzufolge können sogenannte gruppennützige Studien an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen (zum Beispiel Demenzzkranken), die den Teilnehmern selbst keine Vorteile bringen, künftig unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein sollen. Voraussetzung ist eine Vorabereinwilligung der späteren Probanden und eine verpflichtende ärztliche Beratung dazu.

- **Neuregelung von Sozialleistungen für EU-Ausländer**

In Zukunft gilt: EU-Bürger, die nicht in Deutschland arbeiten, selbständig sind oder keinen Leistungsanspruch nach SGB II auf Grund früherer Arbeit erlangt haben, steht während der ersten fünf Jahre keine dauerhafte Leistung nach SGB II oder SGB XII zu. Es gilt der Grundsatz: Existenzsichernde Leistungen sind im jeweiligen Heimatland zu beantragen. Betroffene können aber Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise erhalten – längstens für einen Monat.

Ein Anspruch im jeweils einschlägigen Leistungssystem kommt für EU-Bürger künftig erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt in Deutschland zum Tragen. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte bekommen dann Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II. Damit gilt für sie auch der Grundsatz des „Förderns und Forderns“. Eine Ausnahme gibt es für Personen, bei denen der Verlust des Freizügigkeitsrechts festgestellt wurde. Zeiten, in denen sich Personen nicht rechtmäßig in Deutschland aufhalten, weil sie ausreisepflichtig sind, werden auf den Fünf-Jahres-Zeitraum nicht angerechnet.

- **Keine Privatisierung von Fernstraßen mit der SPD**

Bund und Länder haben sich bei der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen auch auf eine Reform der Bundesauftragsverwaltung bei Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen verständigt.

Die Einigung enthält auf Druck der SPD die eindeutige Maßgabe: Keine Privatisierung der Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen! Die Änderung des Grundgesetzes muss daher eine doppelte Privatisierungsbremse umfassen, die sicherstellt, dass nicht nur die Infrastruktur selbst, sondern auch die neue Infrastrukturgesellschaft unveräußerliches Eigentum des Bundes bleibt. Eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Privater an der Infrastrukturgesellschaft des Bundes lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab.

- **SPD kämpft für zielgenaue Entlastung der Kommunen**

Bund und Länder haben sich im Sommer darauf verständigt, dass der Bund seine finanzielle Unterstützung für Länder und Kommunen bei den Kosten der Integration erhöht. Diesen Beschluss setzen wir diese Woche nun gesetzlich um: Von 2016 bis 2018 erhalten die Länder jährlich zusätzlich 2 Milliarden Euro als Integrationspauschale. Darüber hinaus werden die Mittel für die soziale Wohnraumförderung für die Jahre 2017 und 2018 erneut um 500 Millionen Euro erhöht. Bestandteil des Gesetzes ist zudem die Umsetzung der bereits im Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro ab 2018.

- **Bundesmittel zur Beseitigung Brandenburger Rüstungsaltslasten**

In der Haushaltsberatung für das Jahr 2016 wurden insbesondere auf Initiative der SPD 60 Millionen Euro bis zum Jahre 2019 zur Beseitigung von alliierter Kriegsmunition eingestellt. Diese Mittel wurden nun vom Haushaltsausschuss freigegeben.

Bisher waren die Bundesländer finanziell für die Beseitigung alliierter Kriegsmunition allein verantwortlich, insbesondere die Länder Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Teilkostenerstattung erfolgt als freiwillige Leistung des Bundes und soll die Länder finanziell entlasten.

Aus Berlin für den Wahlkreis Aktuelles für Uckermark / Barnim

- **250.000 Euro für Kirche in Sophienstädt**

Nachdem im August bekannt wurde, dass die Dorfkirche in Sophienstädt stark sanierungsbedürftig ist, hat sich Stefan Zierke sofort um finanzielle Hilfe für die Kirchengemeinde bemüht. Nach einem vor-Ort-Besuch und vielen Gesprächen im Bundestag, konnte er schließlich 250.000 Euro für die Sanierung der Kirche organisieren. Auch die uckermärkische Kirche in Potzlow profitiert vom Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes und erhält einen Zuschuss in Höhe von 73.291 Euro.

- **Veranstaltung mit Ulla Schmidt zu Pflege und Teilhabe**

Auf Einladung von Stefan Zierke kommt die ehemalige Gesundheitsministerin und heutige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Ulla Schmidt (SPD), zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung nach Schwedt. Themen der Veranstaltung sind das Bundesteilhabegesetz und die Pflegereform.

Ihr seid herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen:

Mittwoch, 30.11.2016, um 18:30 Uhr, im Asklepios Klinikum Schwedt/Oder, Auguststr. 23
Der Eintritt ist frei.

- **Ausbaustrecke Berlin – Stettin wird schneller geplant**

Der Bund beschleunigt die Planungen von 21 Schienenprojekten und stellt hierfür 138 Millionen Euro aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm bereit. Unter den Projekten ist auch die Strecke Berlin - Stettin, für die sich Stefan Zierke seit Langem stark macht.

Mit den 138 Millionen Euro hat die Deutsche Bahn nun ausreichend Mittel zur Verfügung, um die Projekte auf die Schiene zu bekommen. Das Ziel muss sein, schnellstmöglich Baureife herzustellen.

Bei den 21 Projekten handelt es sich um künftige Vorhaben aus dem derzeit geltenden Bedarfsplan für die Bundesschienenwege. Sie befinden sich bereits in der Vorplanung. Bund und Bahn haben eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der nun die Entwurfs- und Genehmigungsplanungen finanziert werden.

- **Stefan Zierke als Direktkandidat nominiert**

Mit 96% der Stimmen wurde Stefan Zierke von den Delegierten der SPD Uckermark und der SPD Barnim als Direktkandidat für die kommende Bundestagswahl nominiert.

„Dieses eindeutige Votum freut mich sehr und ist zugleich eine große Motivation. Ich bedanke mich für das Vertrauen und werde mich weiterhin mit allen Kräften für unsere Region einsetzen“, so Stefan Zierke.

Dietmar Woidke und Matthias Platzeck zählten zu den ersten Gratulanten. In ihren Reden betonten sie die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Bund und Land und würdigten Zierkes Engagement in der SPD-Bundestagsfraktion. So sei es nicht üblich, dass ein neuer Bundestagsabgeordneter direkt zum Sprecher der Landesgruppe Brandenburg und Vorsitzender der Landesgruppe Ost gewählt wird. Dies beweise die Kompetenz und Anerkennung, die sich Stefan Zierke binnen kürzester Zeit in der Fraktion erarbeitet hat.